

# Palästina: Annexion oder schlechter Status Quo?

Mariam Puvogel, Ramallah

## Formalisierung des Rechts der Stärkeren statt Völkerrecht?

*Der Druck der Pandemie führte in Israel zu einem Zusammengehen der beiden rechtskonservativen Blöcke Likud unter Benjamin Netanjahu und Blau-Weiß unter Benny Gantz. Von der Idee der Annexion des Jordantals in der völkerrechtswidrig besetzten Westbank trennen beide nur der angestrebte Zeitpunkt. Damit wird die Zweistaatenlösung ultimativ zu Grabe getragen. Für die verzweifelte palästinensische Bevölkerung werden weitere Fluchtgründe geschaffen.*

Als US-Außenminister Mike Pompeo Mitte November verkündete, die USA würden von nun an israelischen Siedlungsbau in der seit 1967 militärisch besetzten Westbank nicht mehr per se als völkerrechtswidrig einstufen, löste dies eine Vielzahl unterschiedlicher Reaktionen innerhalb und außerhalb Israels und Palästinas aus. Kommentare aus dem progressiven Lager in Palästina fielen auffallend nüchtern aus. Denn die Wende in der Haltung der USA zum Siedlungsbau kann in der Tat auch schlicht als Formalisierung der ohnehin seit Jahren praktizierten amerikanischen Nahostpolitik eingeordnet werden.

Dabei begründete US-Außenminister Mike Pompeo den Wandel in der Rechtsauslegung zum Siedlungsbau: es müsse endlich den bestehenden Tatsachen Rechnung getragen werden; es müsse anerkannt werden, dass eine Lösung des „Konflikts“ nicht über die Durchsetzung internationalen Rechts gelingen würde. Damit vollziehen die USA die Logik der israelischen Siedlungspolitik mit, die bereits in den ersten Jahren der Besiedlung darauf abzielte, durch den Bau von Siedlungen Fakten zu schaffen.

### Formalisierung des Rechts der Stärkeren

Dass Pompeo nun erklärte, es sei unrealistisch geworden, den Abzug der Siedler\*innen aus den besetzten palästinensischen Gebieten zu fordern, ist eine Haltung, die auch andere Staaten ermutigen dürfte, Völkerrecht so lange zu brechen, bis die dadurch geschaffenen Fakten als nicht mehr revidierbar gelten. Damit wird auch die israelische Rechtsauslegung nachvollzogen, die sich vorbehält, auch gegen internationales Recht selbst

zu entscheiden, welche Siedlungen legal sind und unter welchen Umständen die nach israelischem Recht (noch) nicht legalisierten Außenposten anerkannt werden können.

Die Erklärung der Trump-Administration fällt zudem in eine Zeit, in der auch in Israel Positionen salonfähig geworden sind, die offen für eine Annexion großer Teile der Westbank plädieren. Als Premierminister Netanjahu während des Wahlkampfes im September 2019 erklärte, in den Siedlungen im Jordantal nach seiner Wiederwahl „israelische Souveränität“ anwenden zu wollen (was eine formale Annexion bedeuten würde) blieb ein größerer Aufschrei in Israel aus.

Auch Netanjahus Rivale Benny Gantz von der Partei Blau-Weiß machte deutlich, dass er eine Annexion der betroffenen Gebiete unterstütze. Das macht deutlich, dass das Projekt eines „Greater Israel“ längst keine Idee des rechten Randes mehr ist.

### Annexion oder schlechter Status Quo im Jordantal?

Yehuda Shaul, einer der Gründer der israelischen Organisation, in der sich ehemalige Soldat\*innen für ein Ende der Besatzung engagieren, ist nüchtern: „Dass die Annexion des Jordantals inzwischen als Wahlkampfversprechen dient, ist weder überraschend noch kommt sie aus dem luftleeren Raum. Das ‚Annexions-Lager‘ in Israel ist über die letzten 15 Jahre beständig gewachsen und gräbt dem Lager derjenigen, die zwar für eine vollständige Kontrolle der Westbank, nicht aber für dessen Einverleibung sind, zunehmend das Wasser ab.“ Ironisch fügt er hinzu: „Wer sich jetzt Gedan-



ken um die Zukunft der Siedler\*innen macht, es besteht kein Grund zur Sorge. Keines der beiden dominierenden Lager zieht palästinensische Selbstbestimmung, egal in welcher Form, in Betracht. Größter Vorbehalt der politischen Eliten, die sich gegen die Annexion aussprechen, ist die Befürchtung, bei einer Annexion auch für die noch nicht vertriebene palästinensische Bevölkerung in den annektierten Gebieten zuständig zu werden bzw. diese dann unfreiwillig zu gleichberechtigten Bürger\*innen machen zu müssen.“

Bei einer Fahrt durch das Jordantal, wo Landraub und Enteignung palästinensischer Bauern seit Jahrzehnten zum Alltag gehören, wird schnell klar, warum die an Jordanien grenzende Region eine so zentrale Rolle für den israelischen Staat spielt und für die palästinensische Gesellschaft einen nicht zu verkraftenden Verlust darstellen würde. 60 Prozent aller landwirtschaftlichen Produkte kommen aus dem Tal, das auch „Brotkorb Palästinas“ genannt wird. Nachdem das Gebiet 1967 erobert wurde, begann der israelische Staat – anders als an anderen Orten der Westbank – umgehend mit der Entwicklung langfristiger Konzepte für das Gebiet. Einer der ersten Pläne wurde direkt nach dem Krieg von Yigal Allon entwickelt, dem damaligen Arbeitsminister, der die strategische Bedeutung des Tals erkannte und keinen Hehl daraus machte, dass die Besatzung hier keine temporäre Angelegenheit werden sollte. So sah der Allon-Plan bereits in den 1960er Jahren die

Annexion großer Teile des Jordantals und des Gazastreifens vor, während die bevölkerungsreichen Teile Jordanien zugeschlagen und Palästina so „aufgelöst“ werden sollte.

Zusätzlich hob Allon die Bedeutung von Militärbasen und Truppenübungsplätzen für eine starke israelische Präsenz im Tal hervor. Auch die Siedlungen sollten als „Sicherheitsgürtel“ eine zweite Front Richtung Jordanien bilden. Bis heute gibt es in keinem anderen Teil der Westbank so viele Militärübungsplätze wie im Jordantal. Etwa die Hälfte des Tals wurde von Israel zu Militärzonen erklärt, in denen regelmäßig Übungen stattfinden. Hier führt die israelische Armee Manöver durch, während derer die Bevölkerung nach Bedarf stunden- oder tageweise aus ihren Dörfern vertrieben wird, Felder zerstört werden und oft noch scharfe Munition und Sprengkörper auf Weideflächen zurückbleiben.

### ***Hindernis ist nicht das Völkerrecht, sondern seine ständigen Verletzungen***

Auf ihre eigene Rolle als Organisation innerhalb dieser ziemlich hoffnungslos anmutenden Gemengelage erwidert Breaking the Silence fast trotzig: „Uns ist klar, dass momentan der Druck, den es bräuchte, um diese Prozesse aufzuhalten, nicht aus unserer Gesellschaft kommen wird. Wir versuchen, die junge Gene-

ration zu erreichen. Auf unsere Touren kommen Schüler\*innen, Studierende und Pfadfinder\*innen, also junge Israelis aus verschiedenen sozialen Schichten. Die Bildungsarbeit in der Gesellschaft ist wichtig – letztlich wird es aber nur Druck aus dem Ausland sein, der unsere Institutionen zwingt, sich an internationales Recht zu halten.“

Zurück in Ost-Jerusalem fasst Nadim, ein palästinensischer Aktivist, die gegenwärtige Lage zusammen: „Die amerikanische und die israelische Regierung sind sich in vielen politischen Kernfragen einig. So auch in der absurden Vorstellung, internationales Recht sei ein Hindernis für Frieden in diesem Land. Tatsächlich ist aber nicht das Völkerrecht das Hindernis, sondern die ständigen Verletzungen desselben. Die USA sagen nun, die Palästinenser\*innen sollen aufhören, die Einhaltung internationalen Rechts überhaupt noch einzufordern und stattdessen bilateral in einem Kräfteverhältnis verhandeln, das asymmetrischer nicht sein könnte und in dem die israelische Seite von vornherein klarstellt, dass politische und soziale Gleichberechtigung keine Option ist. Das Wort Frieden hat diese Ordnung nicht verdient.“

Die Autorin Mariam Puvogel des hier gekürzt abgedruckten Berichts ist Vertreterin von Medico International in Israel und Palästina; [www.medico.de](http://www.medico.de).